



Editorial

■ „Alles gegeben – eingezogen“ lautete 2016 unser Resümee zur Landtagswahl. Unser kräftezehrender und harter Wahlkampf wurde mit dem ersten Grünen Direktmandat im Landkreis belohnt. Und wer hätte damals gedacht, wie schnell Martin seine Rolle als Landtagsabgeordneter ausfüllen würde. In den letzten 5 Jahren hat sich Martin tagtäglich für seine Herzensthemen, für uns und für unseren Landkreis eingesetzt: Biomusterregion, Neubau DHBW, Meistergründungsprämie, etc. Die Liste von Martins Erfolgen ist beachtlich. Lob gibt's mittlerweile sogar von Bürgermeistern, die nicht als grünnah gelten. Für den Landkreis macht es sich buchstäblich bezahlt, einen Grünen im Landtag zu haben: Denn mit Martin Grath geht's mit Tempo vorwärts!



Foto: Elias Blumenzweig

Auch dieser Wahlkampf wird wieder hart. Durch Corona können wir den Wahlkampf nicht so führen, wie wir das anstrebten. Und Martin kann unter den herrschenden Bedingungen seine Stärken nicht voll zur Geltung bringen. Der direkte Kontakt mit Bürgerinnen und Bürgern ist nicht möglich. Bleibt zu hoffen, dass diese Episode in unserem Leben infolge der Impfungen bald vorbei ist.

Zurück zum Wahlkampf: Wir brauchen jede/n einzelne/n: Freunde/Bekannte zur Wahl motivieren, bei der Organisation mit-helfen, eine kleine (oder ungeheuer große) Spende! Denn die nächsten 10 Jahre werden für uns und unseren Planeten die entscheidenden sein. Damit wir die bevorstehenden Aufgaben meistern können heißt es am 14. März: Grün wählen für Kretschmann! Grün wählen für Grath! Grün wählen für eine bessere Zukunft!

Euer

M. Grath

PS: unser Wahlprogramm zur Landtagswahl findet ihr hier:
<https://gruene-heidenheim.de/wahlprogramm/>



Martin Grath tritt erneut zur Landtagswahl an, hier mit Ergänzungskandidatin Clara Resch und dem Kreisvorsitzenden Marco Combosch

Am 14. März Martin Grath wählen

■ In den vergangenen zehn Jahren haben wir Grüne gezeigt: Wenn wir Verantwortung tragen, ist das gut für unser Land. Genau so machen wir jetzt weiter:

- Coronakrise meistern: So viele Einschränkungen wie nötig, so wenig Einschränkungen wie möglich
- mit weitsichtiger ökologischer Politik gegen Klimakrise und Artensterben
- wir denken Klimaschutz und wirtschaftlichen Erfolg zusammen
- intelligentes Wachstum bei schrumpfendem Ressourcen- und Naturverbrauch
- den bestmöglichen Bildungsabschluss für eure Kinder und Enkel, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern
- erhalten, was uns erhält: Biomusterregion, Gentechnikfreiheit auf den Feldern, kleinbäuerliche Landwirtschaft und Ökolandbau, regionale Produkte
- eine Politik des Gehörtwerdens mit einer gestärkten Bürgerbeteiligung, einen Politikstil, der die Menschen mitnimmt
- eine Wirtschaftspolitik, die neue,

mutige Wege geht, die die Digitalisierung voranbringt und großen Wert auf Ressourceneffizienz legt

- eine Pionierregion für eine klimafreundliche Verkehrswende
- eine gemeinsame Verantwortung für Flüchtlinge

Diese Ziele können wir Grüne erreichen. GRÜN regiert! GRÜN soll und muss weiter regieren! Deshalb: Am 14. März 2021 GRÜN wählen – für Winfried Kretschmann und für Martin Grath!

Bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg haben Sie eine Stimme. Im Wahlkreis Heidenheim heißt das:

Wer für Grün stimmen will, wählt Martin Grath. Für das Grüne Wahlergebnis zählt die Summe aller Stimmen im Land und jede Stimme für die Grünen ist eine Stimme für Ministerpräsident Winfried Kretschmann.

Wählen Sie am 14. März 2021 in Ihrem Wahllokal oder schon vorher per Briefwahl!

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

■ wir stehen vor einem Jahrzehnt der Entscheidungen. Große Aufgaben liegen vor uns: Das Klima und unsere Natur schützen. Den Strukturwandel der Wirtschaft meistern, um unseren Wohlstand zu sichern. Und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken. Die Corona-Pandemie hat trotz allen Leids und trotz aller Einschränkungen eines gezeigt: Wir halten zusammen, wenn es nötig ist. Unser Gesundheitssystem ist erstklassig, unser



Gemeinwesen stark und unsere Forschung ist Weltspitze. Wir sind auf einem guten Weg. Wir Grüne wollen ihn entschlossen und mit Augenmaß weitergehen.

Damit unser Land eine gute Zukunft hat. Dafür bitte ich um Ihr Vertrauen und Ihre Stimme.

Winfried Kretschmann
Ministerpräsident von Baden-Württemberg



Liebe Freundinnen und Freunde im Kreisverband Heidenheim,

■ 2020 war das Jahr, in dem besonders große Solidarität gefordert war. Ich danke euch herzlich dafür, dass wir dieses Jahr so gut überstanden haben. Unser Miteinander, unser Zusammenhalt ist der stärkste Trumpf, den wir haben.

Ich freue mich nun – gemeinsam mit allen GRÜNEN in Baden-Württemberg, mit euch im Kreisverband Heidenheim, gemeinsam mit eurem Landtagskandidaten und meinem Kollegen im Landtag, Martin Grath, in ein ganz besonderes Jahr zu starten. 2021 wird das Jahr, in dem Baden-Württemberg zum Klimaschutz Nummer 1 wird und die Grünpause für mehr Klimaschutz im Bund.

Das Land steht vor großen, vor riesigen Herausforderungen. In vielen Bereichen sind wir in zehn Jahren Regierungsverantwortung schon sehr weit gekommen. Den Klimaschutz haben wir seit 2011 ins Zentrum der Politik gerückt und die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft so entschlossen vorangetrieben wie kaum ein anderes Land. Wir haben schon sehr viel erreicht, wir

haben jedoch noch sehr viel vor – und wir haben einen genauen Plan.

Wir wollen Baden-Württemberg zukunftsfest machen. Wir wollen unser Land fit machen für die Herausforderungen, die wir schon kennen. Und resilient gegen die Krisen, die wir noch nicht erahnen.

Das Klimaschutzgesetz auf Landesebene ist beschlossene Sache. Mit dem neuen Klimaschutzgesetz sind wir Vorreiter. Die neue Photovoltaik-Pflicht für Nicht-Wohngebäude ist die umfangreichste Regelung ihrer Art in Deutschland und sorgt dafür, dass auf allen neugebauten Gewerbeimmobilien, Einkaufsmärkten, Bürogebäuden, Schulen, Industriehallen und Logistikflächen – aber auch größeren Parkplätzen – künftig eine Photovoltaik-Anlage installiert wird. Diese Lösung ist wichtig für die Auftragsbücher unseres Handwerks und entscheidend für einen wirksamen Klimaschutz in Baden-Württemberg! Auch in der kommenden Legislatur werden wir uns intensiv dafür einsetzen, das Land klimaneutral zu machen, um das Pariser Klimaabkommen einzuhalten.

Mit der verpflichtenden kommunalen Wärmeplanung für die 103 größten Kommunen stoßen wir die Tür auf zu einer effizienteren Wärmeversorgung und kommen dem Ziel einer klimafreundlichen und kostengünstigen Wärmeversorgung einen Schritt näher.

Beim Arten- und Naturschutz setzt sich Baden-Württemberg mit dem verabschiedeten Biodiversitätsgesetz ebenfalls an die Spitze aller Bundesländer. Das Gesetz ist sozusagen eine Rundumversicherung für Insekten, Wiesen und ökologische Landwirtschaft. Wir schärfen hiermit beispielsweise das Verbot von Schottergärten nach, steigern den Ökolandbau in diesem Jahrzehnt auf bis zu 40

Prozent, bewahren unsere Naturschutzgebiete noch besser vor dem Einsatz von Spritzmitteln und bringen so den Erhalt der Artenvielfalt und den Erhalt der bäuerlichen Landwirtschaft voran.

Klima schützen – Arbeitsplätze und Wohlstand sichern – Zusammenhalt stärken, das sind unsere grünen Themen. Und diese Themen treiben uns auch in Zukunft um.

Ich möchte ganz besonders Martin Grath für seine wertvolle Arbeit in unserer Grünen Fraktion als Sprecher für den Verbraucherschutz und als handwerkspolitischer Sprecher danken. Mit seiner großen Kompetenz ist er das Bindeglied zwischen Handwerk und der Fraktion. Auch die Themen seines Wahlkreises Heidenheim hat er mit großer Verve und großem Engagement in den Landtag eingebracht.

Nun heißt es kämpfen für einen erneuten Wahlsieg von Bündnis90/Die Grünen. Lasst uns alle nochmals die Ärmel hochkrepeln. Lasst uns gemeinsam die großen Aufgaben angehen, die vor uns liegen: Klimaschutz, die Erneuerung der Wirtschaft und den Zusammenhalt der Gesellschaft: für ein grünes Baden-Württemberg mit einer erneuten grünen Führung ab 14. März 2021. Mit Winfried Kretschmann an der Spitze, denn er gibt uns Orientierung und folgt einer klaren Haltung. Gemeinsam mit ihm können wir viel erreichen. Wachsen wir über uns hinaus.

Ich wünsche euch für den Wahlkampf viel Kraft, Zuversicht und Mut! Bitte bleibt gesund und nehmt die Gelegenheit wahr, euch zu impfen, wenn ihr an die Reihe kommt!

Andreas Schwarz,
Vorsitzender der Grünen Landtagsfraktion Baden-Württemberg

1,5°-Ziel – Fraktion für konsequenten Klimaschutz

Bei ihrer Klausur im Januar hat die Landtagsfraktion der GRÜNEN eine Resolution verabschiedet, deren Ziel es ist, dass Baden-Württemberg schnellstmöglich klimaneutral wird.

Die Resolution in Auszügen:

■ Mit dem jetzt novellierten Klimaschutzgesetz sind wir in Baden-Württemberg einen großen Schritt nach vorne gegangen. Mit einem Ziel von 42 % Treibhausgasminde- rung gegenüber 1990 für das Jahr 2030 haben wir ein wichtiges Zwischenziel zur Klimaneutralität des Landes verankert. Als erstes Land haben wir eine Photovoltaik- Pflicht für Nichtwohngebäude und grö- ßere Parkplätze an den Start gebracht, die wir in der nächsten Wahlperiode auf alle Neubauten und Sanierungen auswei- ten möchten. Wir sind das erste Land, das für die Stadtkreise und große Kreisstädte eine verpflichtende kommunale Wärme- planung einführt.

Auf europäischer Ebene wird noch in

verwaltung“ weiter. Das bedeutet, dass wir vorrangig durch Emissionsreduktion eine klimaneutrale Landesverwaltung bis 2035 anstreben. Dazu führen wir einen CO₂- Schattenpreis von 180 € pro Tonne Koh- lendioxid für die Landesverwaltung und die öffentliche Beschaffung ein. Zudem wollen wir einen Klimavorbehalt für alle Förderprogramme des Landes einführen und künftig alle Vorhaben und Gesetze auf Landesebene auf ihre Klimaverträglich- keit prüfen. Im Strategiedialog Auto- mobilwirtschaft werden wir gemeinsam mit unseren Partnern die Anstrengungen in- tensivieren, den Markthochlauf für Elektro- und Brennstoffzellenfahrzeuge zu be- schleunigen.

In unserem Klimaschutz-Sofortprogramm wollen wir zudem

- die Solarpflicht auf neu gebaute Wohn- gebäude und Dachsanierungen ausdehnen,
- regionale Ausbauziele für Erneuerbare Energien festzulegen,
- uns auf Landes- und Bundesebene dafür

- den landeseigenen Fuhrpark auf kli- mafreundliche Modelle umstellen,
- für öffentliche Gebäude den von der EU geforderten Niedrigstenergie-Standard für Neubauten festlegen.

Damit die Zielsetzung greift, muss das neue Klimaschutzgesetz detaillierter und verbindlicher werden. Folgende Regelungen sollen aufgenommen werden:

- Wir passen das Landesklimatechutzziel an die Pariser Klimaziele, die Klimaziele der EU und das 1,5°-Ziel an.
- Das Landesziel wird auf die Sektoren Stromerzeugung, Wärmeerzeugung, Ver- kehr, Industrie, Landnutzung umgerech- net. Diese Sektorziele sind genauso ein- zuhalten wie das Landesziel.
- Es wird festgelegt, dass jedes Ressort dafür verantwortlich ist, Klimaschutzmaß- nahmen zu ergreifen.
- Wenn im Zuge des jährlichen Moni- torings eine Abweichung vom Zielerreichungs- pfad festgestellt wird, müssen automatisch neue, strikere Maßnahmen vom Ressort



Foto: Wolfgang Eber

Anlässlich des 5. Jahrestags des Pariser Klimaabkommens demonstrierten Solar mobil Heidenheim und Grüne auf dem Eugen-Jaekle-Platz

diesem Jahr eine Verschärfung der Klima- schutzziele beschlossen. Deswegen ist klar, dass wir auch in Baden-Württemberg unse- re Klimaschutzziele anpassen müssen. Da- bei ist für uns die Einhaltung des 1,5°-Ziels ausschlaggebend. Wir wollen schnellst- möglich Klimaneutralität für das gesam- te Land erreichen und fordern konkret:

● **Klimaschutz ist Chefsache!** Deswegen soll zwei Mal pro Jahr die Ministerratssit- zung zur Klimaschutzsitzung werden. Diese Kabinettsitzungen werden dazu genutzt, weitere Klimaschutzmaßnahmen auf den Weg zu bringen und dem Thema Klima- schutz in der politischen Debatte eine grö- ßere Bedeutung beizumessen.

● **Das Land als Vorbild.** Wir wollen die Vorbildfunktion des Landes beim Klima- schutz weiter ausbauen. Hierzu entwickeln wir das Konzept „klimaneutrale Landes-

einsetzen, dass den Erneuerbaren Energien mehr Raum als bisher zur Verfügung steht,

- klimaschutz-relevante Flächen gezielt aufkaufen und dabei Moore besonders schützen,
- die Lebensmittelverschwendung hal- bieren,
- mit dem Mobilitätspass ein innovati- ves Finanzierungsinstrument für den öf- fentlichen Personennahverkehr einführen,
- die Erstellung von Klimamobilitätsplä- nen analog zu den kommunalen Wärme- plänen zur Pflicht machen,
- die gesetzlichen Vorgaben für eine Aus- weitung der LKW-Maut schaffen,
- bis zum Jahr 2022 die Finanzanlage- strategie des Landes auf das 1,5°-Ziel und auf die Nachhaltigkeitsziele der Verei- nten Nationen ausrichten und dies gesetz- lich verankern,

in Kraft gesetzt werden.

- Ein neu einzurichtender Rat der Klima- weisen gibt im Rahmen des Monitorings und bei einer Abweichung vom Zielerrei- chungspfad Empfehlungen für die jewei- ligen Sektoren ab.

Damit schaffen wir einen Mechanis- mus, der der Herausforderung der Klima- krise angemessen ist. Mit ambitionierteren Zielen und schärferen Maßnahmen wird es uns gelingen, dass Baden-Württemberg klimaneutral wird - auch als Vorbild, das zeigt, dass und wie konsequenter Klima- schutz in einem Industrieland gelingen kann. Mit Zukunftstechnologien können wir so die Wertschöpfung von morgen si- chern und so Arbeitsplätze und Wohlstand in Baden-Württemberg auf Dauer erhalten.

Zur Resolution in voller Länge:

<https://gruenlink.de/1x80>

Margit Stumpp: Eisenmann hat versagt

■ The same procedure ... Wieder fordert Ministerin Eisenmann die Öffnung der Schulen unabhängig von der aktuellen Pandemielage. Angesichts der unsicheren Situation und einer hoch anste-

nen veröffentlichten Plan für bestimmten Inzidenz-Werte gebe.

Bis heute hat die Ministerin übrigens weder Elternvertretungen noch den Landesschülerrat oder die Kommunen als Schulträger in die Diskussionen um geeignete Strategien mit einbezogen.

Um so wichtiger war und ist, dass Ministerpräsident Kretschmann trotz der Ressorthoheit eingeschritten ist. Er fordert zurecht Konzepte ein und er beharrt darauf, dass Öffnungsperspektiven entwickelt werden, allerdings mit der Einschränkung „wenn es die Infektionslage zulässt“. Das RKI hat dazu zuletzt im Oktober Empfehlungen vorgelegt: <https://gruenlink.de/1utn> Allein, keine Kultusministerin, kein Kultusminister hat diese auch nur ansatzweise umgesetzt.

Als bildungspolitische Sprecherin der Grünen Bundestagsfraktion habe ich gemeinsam mit Robert Habeck bereits im

vergangenen April Vorschläge gemacht, wie den üblen Folgen der Pandemie für Bildungsgerechtigkeit und die Lage der Kinder und Familien begegnet werden kann, ohne den Gesundheitsschutz zu vernachlässigen: <https://gruenlink.de/1qoz>

Beim von Annalena Baerbock organisierten Schulgipfel sind meine Vorschläge auf große Resonanz gestoßen: <https://gruenlink.de/1x8p> Nur, Vorschläge der kleinsten Oppositionsfraktion werden maximal indirekt gehört.

Um so wichtiger ist es, dass wir darauf drängen, den Schulen mehr Gestaltungsmöglichkeiten beim Umgang mit der Infektionslage zu geben. Meine Positionen dazu findet ihr unter <https://gruenlink.de/1x8r>

Die Verhältnisse an Schulen sind so unterschiedlich, wie die Schulen selbst. Immer noch sind viel zu wenig Schulen in der Lage, Schüler*innen digital zu erreichen. Möglicherweise liegt die Ursache dafür, dass sich Eisenmann so sehr gegen Wechselunterricht wehrt darin, dass sie Digitalisierung der Bildung lange für „nicht so wichtig“ hielt.

Das Projekt „Ella“, die Zusammenführung unterschiedlicher digitaler Dienste für Schulen, das sie übrigens von Ex-Mi-

nister Stoch übernommen hatte, setzte sie in den Sand. Für ihr Nachfolgeprojekt erhielt sie den „big brother award“, weil sie an der Einbindung von Microsoft stur, gegen breite Proteste und wider besseren Wissens, festhält. Lieber riskiert sie, sensible Daten nach Redmont abfließen zu lassen, als renommierte Firmen, die ihren Sitz z.T. in Baden-Württemberg haben, zu beteiligen. Auch Andreas Stoch hat die Digitalisierung der Schulen versäumt. Nur mit der Einführung eines Pflichtfachs „Informatik“ ist nichts erreicht, wenn weder in die Ausstattung, noch in die Aus- und Fortbildung von Lehrkräften investiert wird.

Auch das Zerschlagen bewährter Fortbildungsstrukturen, die bis heute nicht durch funktionierende Institutionen ersetzt sind, hat den ohnehin schleppenden Digitalisierungsprozess noch weiter geschwächt. Diese Defizite müssen in der nächsten Legislatur dringend aufgearbeitet werden.

Die Pandemie wird uns alle, auch die Schulen, noch eine Weile beschäftigen. Damit Lehrkräfte, Schüler*innen und Eltern sich nicht ständig mit Maßnahmen herumschlagen müssen, die zum einen mit der Realität vor Ort wenig zu tun haben und zum anderen übers Wochenende umgesetzt werden müssen, brauchen sie die Freiheit, ihre eigenen Stufenpläne entlang von Inzidenzen auszuarbeiten. Der gezielte Einsatz von Schnelltests wäre zudem eine große Hilfe, um Ängste vor Präsenz abzubauen.

So lange die Impfkapazitäten beschränkt und die Wirkung der Impfung ungewiss ist, muss Unterricht und der Besuch in Kitas so gestaltet werden, dass die Ansteckungsgefahr für Kinder und Personal gering gehalten wird. Das erfordert Flexibilität und Geduld von allen Beteiligten. Um so wichtiger ist es, mit allen das Gespräch zu suchen, Entscheidungen zu erklären und Fragen und Vorschläge ernst zu nehmen. Ministerin Eisenmann bleibt dies bis heute schuldig, ein weiteres Zeichen ihres Führungsversagens. Es wäre unverantwortlich, ihr die Verantwortung für Kinder oder gar für alle Menschen in diesem Land über die Legislatur hinaus zu überlassen.

Margit Stumpp,
Bildungspolitische Sprecherin der
Grünen im Bundestag



Margit Stumpp fordert Bildungsgerechtigkeit und Gesundheitsschutz

ckenden Mutation des Virus, das jederzeit die Infektionszahlen in die Höhe treiben kann, ist dieses Verhalten im höchsten Maß verantwortungslos.

Es ist nur allzu verständlich, dass sich Kinder und Eltern sehnsüchtig eine Öffnung der Schulen wünschen. Jetzt rächt sich, dass sich die Diskussion in den vergangenen Monaten nur darum gedreht hat, Schulen ganz zu schließen oder vollständig offen zu halten. Um Missverständnissen vorzubeugen: Es war und ist richtig, Schulen und Kitas so lange wie möglich offen zu halten. Offen heißt aber doch nicht, im ganzen Klassenverband die vollständige Stundentafel abzuarbeiten. Zwischen 0 und 1 gibt es analog viele Möglichkeiten. Leider wurden diese nicht genutzt. Bis heute hat Ministerin Eisenmann kein Konzept dafür. Ihr Versagen beim Krisenmanagement ist offensichtlich.

Zurecht stoßen die Pläne Eisenmanns, Grundschulen und Kitas ab 1. Februar auf Biegen und Brechen zu öffnen, auch bei den Betroffenen auf harte Kritik. Der Landeselternbeirat warf dem Kultusministerium Konzeptlosigkeit vor. Der Beiratsvorsitzende Michael Mittelstaedt fragte, warum es nicht bereits seit Wochen ei-

Warum wir ein Lieferkettengesetz brauchen

Premiere des Online-Formats – Livestream mit Agnieszka Brugger

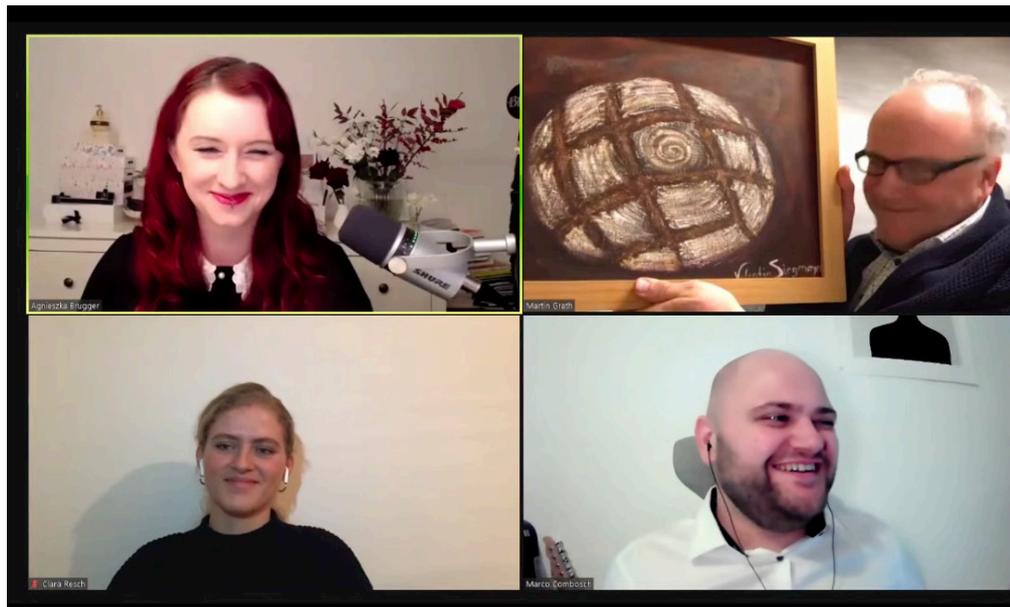
Die Anspannung war groß vor unserer ersten rein digitalen Veranstaltung. Viele Tage wurde vorbereitet und getestet, damit der Livestream am Abend auch reibungslos bei unseren Zuschauer*innen ankommen konnte.

Zu Besuch hatten wir Agnieszka Brugger, Mitglied des Bundestages und stellvertretende Vorsitzende der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen. Wenn sie kommt, weiß man, sie spricht Klartext. Eine beeindruckende junge Frau, die viel erreicht hat und mit Gewissen und Verstand Politik betreibt.

Per Livestream konnte sich Agnieszka aus Berlin zuschalten. Mit dabei, unser Landtagskandidat Martin Grath mit seiner Ergänzungskandidatin Clara Resch, und der Kreisvorsitzende Marco Combosch, der diesen tadellosen Livestream technisch zu verantworten hatte.

Unsere Produkte werden oft global hergestellt. Doch wie vor Ort produziert wird, darüber wissen wir oft wenig. Gibt es Regeln für den Schutz von Arbeitnehmer*innen und Umwelt? Werden Menschenrechte verletzt oder die Umwelt verschmutzt?

Ein wirksames Lieferkettengesetz mit klaren Haftungsregelungen wür-



Martin Grath übergibt virtuelles Brot an den Gast des Abends, Agnieszka Brugger

de hier Abhilfe schaffen. Trotz des Versprechens im Koalitionsvertrag gibt es immer noch keinen Gesetzentwurf. Die Bundesregierung schiebt dieses wichtige Anliegen auf die lange Bank. Die zuständigen Minister*innen streiten sich seit Jahren und nichts geht voran. Viele Unternehmer*innen in Baden-Württemberg sind längst weiter und setzen

sich für faire und verbindliche Regeln ein.

Darüber diskutierten wir im Netz und die Gäste an den Bildschirmen konnten Ihre Fragen per Live-Chat stellen.

Tolle Fragen, klare Antworten. Eine super Veranstaltung. Schön, dass so etwas in Pandemiezeiten möglich ist. Die Veranstaltung verpasst? Die Aufzeichnung findet ihr hier: <https://www.youtube.com/watch?v=UIMm9E8EJGY>

Tier- und Umweltschutz auf dem Teller

Tierschutz, den wir zurecht vom Landwirt erwarten, sollte auch fürs Schlachten gelten. Tierschutzvergehen erschüttern uns immer besonders. Aber Vorsicht! Das Problem hat viele Ursachen und nicht immer sind wir unbeteiligt.

Die Marktkonzentration in der Schlachtindustrie ist immens. Eine handvoll Konzerne herrschen über mehr als 85 Prozent des gesamten Schlachtaufkommens. Dabei betrug in 2019 allein die Erzeugung von Schweinefleisch in Deutschland über 5 Mio t.

Die Großen der Branche trimmen ihre Stückkosten. Schon die Größe der Schlachthanlagen ermöglicht eine hohe Automatisierung und Kosteneinsparung bei Schlachtung und Zerlegung. Der global organisierte Einkauf von Schweinen erzielt für die Schlachtriesen günstigste Preise. Und weltweit verkaufen sie Teilstücke und Produkte zu jedwedem Preis.

Und das betrifft nicht nur den Schweine-, sondern auch den Rind-, Schaf- und Geflügelfleischsektor.

In einem System von Sub- und Subunternehmen werden Beschäftigte brutal ausgebeutet. Mit geringsten Löhnen für Arbeiter, oft aus ärmeren Ländern, zu unmenschlichen Arbeits- und Wohnbedingungen. Die Arbeitnehmer sind austauschbar, erpressbar, verwundbar: Sie werden geradezu entmenschlicht. Da wundert es nicht, wenn sie das Tier nicht achten.

Im Sog der Großen wächst auch der wirtschaftliche Druck auf mittlere und kleinere Schlachthöfe. Selbst die Gebühren für Schlachtier- und Fleischnuntersuchungen müssen kostendeckend sein. Und die Misere von Schlachtpersonal und Tierschutz pflanzt sich fort auf die Kontrolle: zu gering ausgestattete Kontrollinstanz, permanente Arbeitsüberlastung, zermürbte und entmutigte Aufsicht stem-

men sich nur schwer gegen Defizite. Aus Missständen entwickeln sich Skandale.

Was können wir als Verbraucher*innen tun? Bei jedem Einkauf und jeden Tag auf Qualität und Herkunft der Produkte achten, die Direktvermarktung unterstützen, beim regionalen Bäcker, Metzger oder Gärtner, ganz besonders aber Lebensmittel aus der Biomusterregion einkaufen. Diese hat sich zum Ziel gesetzt, regional und ökologisch erzeugte Lebensmittel direkt vor Ort, auf lokalen Märkten und in der heimischen Gastronomie zu vermarkten.

Daher stehen regionale Schlachttstätten für ökologisch erzeugte Lebensmittel tierischer Herkunft ganz oben auf der Agenda. Dort, wo Erzeuger, Verarbeiter und Verbraucher in direktem Kontakt handeln, zahlt man immer mit der besten Währung: Vertrauen.

Alexander Baur

Aus dem Heidenheimer Gemeinderat



Foto: privat

Der Gemeinderat hat sich in seinen monatlichen Sitzungen seit November mit einer breiten Themenpalette befasst, vom Haushalt, über Verkehrs- und Bebauungspläne bis zur Innenstadt- und Schlossberggestaltung.

Finanzen

Im vergangenen November ist der Haushaltsentwurf für Heidenheim im Gemeinderat vorgestellt worden. Die Zahlen sind ambitioniert und schmerzhaft zugleich. Geplant sind eine Neuverschuldung von 6 Mio.€ und Investitionen von 36 Mio.€. Das Finanzpolster schmilzt. Prognostiziert ist, dass knapp 60 Mio.€ liquide Mittel 57 Mio. € an Bankschulden gegenüberstehen. Die Zahlen sind ohne Gewähr und ungefähre Größen, da sich im Laufe eines Jahres einiges ändern kann. Auch sind hier die von Bund und Land versprochenen Corona-hilfen noch nicht eingerechnet. Bei den Investitionen schlagen insbesondere die bereits gestarteten Sanierungsprojekte Rathaus und Kläranlage zu Buche. Wir Grüne sehen es hoffnungsvoll und in

Dieses Mal nannten wir zum ersten Mal die Jugendsozialarbeit explizit, indem wir den Punkt „Umwandlung Badehaus in ein Jugend(kultur)zentrum“ mit in die Rede aufgenommen hatten. Die Idee stammt aus unserem Wahlprogramm. Ein erster Marker ist nun gesetzt. Weitere Schlagworte aus unserer Rede waren Sozialprogramm und Sozialoffensive. Hier forderten wir die Verwaltung auf, den Fokus gezielter auf Soziales zu setzen.

Klimaschutz

Nicht zum ersten Mal mussten wir unsere Forderungen bezüglich verbindlicher Maßnahmen zum Klimaschutz wiederholen. So forderten wir die Stadt auf, alle öffentlichen Gebäude mit Solarenergie auszustatten, eine Dachbegrünung durchzuführen, wo möglich die Begrünungsoffensive durchzusetzen. Eine innovative und vor allem vorausschauende Idee haben wir mit dem Hitzeplan auf die Agenda unserer Stadt gesetzt. Leider wurde dies ganz klar abgewehrt, was wir überaus schade finden, weil wir bereits die letzten Sommer unter steigenden Temperaturen leiden mussten.

Verkehr

Ein weiterer wichtiger Baustein in unserer Rede war der Verkehr, mit dem Fokus Fahrradverkehr. Neben den, bereits im letzten Jahr, geforderten Fahrradstraßen Kastorstraße und Talstraße, wollen wir weitere Straßen zu Fahrradstraßen umwidmen. Unser Antrag für die Mittelrainer*innen einen eindeutigen und sicheren Fahrradweg nach Schnaitheim zu ermöglichen, war bereits zuvor genehmigt worden. Ein weiterer, schon erledigter Antrag, ist es, allen Mitarbeiter*innen der Stadt zu ermöglichen, mit dem Programm „Jobbike“ subventioniert an neue Fahrräder zu kommen.

Tempolimit

Ein weiteres Mal forderten wir eine Geschwindigkeitsreduzierung im gesamten Stadtgebiet. Der Schwerpunkt liegt auf der Innenstadt und allen Wohngebieten.

Ganz expliziert forderten wir ein Tempolimit für zwei Straßen auf dem Zanger Berg. Diese Forderung wurde zur weiteren Überprüfung an das Regierungspräsidium weitergegeben, was wir als positives Zeichen werten.

Den Stadtwerken übergaben wir Handlungsempfehlungen. Zum einen wollen wir sie ermutigen, sich auf den sozialen Wohnungsbau zu konzentrieren und auch auf städtischer Gemarkung zu investieren. Zum anderen bitten wir, zu prüfen inwiefern die Übernahme des Waldbades durch die Stadtwerke, analog zur Aquarena, von wirtschaftlichem Interesse wäre.

Ausblick 2021

Die Umgestaltung der Innenstadt ist nach wie vor ein zentrales Thema. Das Zentrum ist auch durch die Corona-Maßnahmen betroffen und steht vor immensen Herausforderungen. Der Bürgerbeteiligungsprozess zur Umgestaltung der Innenstadt ist bereits beendet und kann unter <https://www.innenstadtgestalten-heidenheim.de/de> verfolgt werden. Sollten ihr noch Ideen und Anmerkungen haben, gebt diese bitte gerne an unsere Fraktion weiter.

In der Dezembersitzung führten wir eine kontroverse Debatte über den geplanten Bebauungsplan des Schlossberg/FCH Arealen. Dem Rat wurden ganz konkrete Planungen vorgestellt: eine Halle, ein Internatsgebäude, weitere Trainingsplätze sowie ein Parkhaus im Katzental. Dabei hatte die Grüne Gemeinderatsfraktion den Antrag gestellt, diesen Tagesordnungspunkt von der Agenda zu nehmen. Wir waren und sind der Meinung, dass es momentan keine Eile gibt, hier zu planen. Wir konnten nicht verstehen, warum ohne eine Prüfung von Alternativen, weiterhin auf dem ohnehin prekären Schlossberg Objekte von so einschneidender Auswirkung geplant werden, zumal es nicht einmal einen geltenden Verkehrsentwicklungsplan dafür gibt. Unser Antrag fand keine Mehrheit. Der Auftrag für einen Bebauungsplan wurde trotz unserer Gegenstimmen beschlossen. Nun kommt es darauf an, wie der Bebauungsplan im Detail aussieht. Auch hier hat die Öffentlichkeit noch die Möglichkeit sich im sogenannten frühzeitigen Beteiligungsprozess einzubringen.

Wir freuen wir uns immer über Ideen und Feedback von euch.

Anamari Filipovic



Foto: Adobe Stock lizenziert

Dachbegrünung als Maßnahme gegen klimabedingte Stadtüberhitzung

der öffentlichen Hand einen Investor, der antizyklisch zur Konjunktur investieren muss, auch wenn dazu Schulden aufgenommen werden müssen.

Grüne Kernthemen:

Soziales

Unsere Rede hatte viele Grüne Kernthemen wie Klimaschutz und Verkehr im Blick.

Planlos: Haushalt des Kreistags



Foto: Elias Blumenzweig

■ Bei der Sitzung des Kreistages Heidenheim am 14.12.2020 in Gerstetten-Dettingen stand die Verabschiedung des Kreishaushaltes

2021 auf der Tagesordnung. Bei der Abstimmung haben CDU, Freie Wähler und SPD dafür gestimmt – wir als Fraktion Grüne und Unabhängige haben den vorgelegten Haushaltsplan abgelehnt.

Der vorgelegte Haushaltsplan war gegenüber der ursprünglichen Fassung deutlich verändert worden. Der erste Entwurf von Landrat Polta sah ein negatives Ergebnis von 1 Mio.€ bei einem gleichbleibenden Satz der Kreisumlage von 35,18% vor. Beim neuen Entwurf war

die Kreisumlage zu Gunsten der Kommunen um ca. 2 Mio. gesenkt worden. Ein Planverlust von 1 Mio.€ wurde festgeschrieben. Damit fehlen dem Landkreis Mittel, um beispielsweise den öffentlichen Nahverkehr zu stärken. Noch immer kostet ein Busticket von Heidenheim auf die Alb genauso viel wie die Fahrt mit dem Pkw, was den Umstieg auf den ÖPNV unattraktiv macht. Außerdem braucht der Landkreis finanzielle Spielräume für die Sanierung des Berufsschulzentrums, für das neue Kreisimpfzentrum und das Klinikum. Damit ist schon jetzt absehbar, dass die Kreisumlage in einem Jahr wieder in die andere Richtung geändert werden muss. Die Senkung jetzt ist in der aktuellen Situation ein Signal in die falsche Richtung!

Frank Schied

Anmerkung der Redaktion: Die Grünen und Unabhängige-Fraktion hat 9 Mitglieder, während CDU/FDP 13 und SPD/ÖDP/Linke, sowie Freie Wähler je 11 Mandatsträger stellen.

Auszüge aus der Grünen Haushaltsrede im Gemeinderat Königsbronn

■ Für eine wirksame Umsetzung des **Radwegkonzepts** werden in den Jahren 2022 bis 25 jeweils Haushaltsmittel im sechsstelligen Bereich erforderlich sein, für 2021 sind 50 Tsd. € für Planungen im Haushalt eingesetzt. Wichtig ist, dass Verwaltung und Gemeinderat sich über den Stufenplan für die Realisierung zeitig in diesem Jahr beraten und einigen

Die ersten **Blühwiesen** sollten in diesem Frühjahr angelegt werden, darüber wurde schon mehrfach beraten. Etliche Bürger, der Gartenbauverein und der AK Ökologie haben ihre Mitwirkungsbereitschaft signalisiert, vorgesehen ist auch technische Hilfe durch den Bauhof. Planung und Pflanzvorbereitungen müssen zeitig im Frühjahr angefangen werden. Der Haushalt enthält dafür 40 T€. Dieses Jahr sollen die ersten Insektenschutz-Streifen blühen.

Das **Mobilitätskonzept** für den Raum Aalen-Heidenheim wird derzeit in Fachgremien weiter beraten. Die Gemeinde ist mit Ihnen, Herr Bürgermeister, dabei vertreten. Wir bitten Sie, im Gemeinderat und im Amtsblatt immer wieder öffentlich darüber zu berichten, damit dieses Projekt für uns transparent wird.

Unsere Bürger sind von den Verkehrsproblemen auf der B 19 massiv betroffen. Wir sollten aus erster Hand erfahren, was da diskutiert und geplant wird.

Ein neuer Anlauf zur Gründung der **Bürger-Energie-Genossenschaft** in Königsbronn wurde im Herbst gestartet. Verwaltung und Gemeinderat werden das Projekt mit den Initiatoren im Februar und März besprechen. Die Genossenschaft kann dann Ende März oder Anfang April gegründet werden. Gebäudewärme und Verkehr werden künftig vermehrt mit elektrischer Energie versorgt. Und der Strom muss aus erneuerbaren Quellen stammen. Die Genossenschaft wird den Bürgern bei der Umstellung mit Komplettangeboten unter die Arme greifen. Mehr dazu erfahren Sie im März.

Die **Stromversorgung in Deutschland** ist die teuerste in Europa. Weil Strom im Zuge der Energiewende, vor allem regenerativ erzeugter Strom, die Hauptenergieform werden soll, muss der Bund den Wildwuchs an Abgaben, Gebühren und Steuern auf Strom ausmisten und die Aktivitäten der Bürgerenergie erleichtern und entbürokratisieren.

Werner Glatzle, Arnim Bledow, Nils Fischer

Kurzprotokoll der Gemeinderatssitzung vom 21.01.2021

Lisa Kömm-Häfner schreibt Kurzprotokolle von den Gemeinderatssitzungen. Eines veröffentlichten wir diesmal, weil es zeigt, wieviel „Kleinarbeit“ unsere gewählten Vertreter*innen im Stadtparlament leisten.

■ OB Ilg verkündete offiziell, dass er seinen Wechsel in den Ruhestand zum 31.07. beantragt hat.

Für die Landtagswahl werden die Wahlbezirke von 36 auf 16 vermindert und die Wahlurnen für die Briefwahl von 7 auf 25 erhöht. In fünf Wahlbezirken ändert sich der Ort, ansonsten werden zwei nebeneinanderliegende Wahlbezirke zusammengefasst.

Für das Interkommunale Modellprojekt „Smart City made in Germany“ wurden Beratungsleistungen vergeben und die Eigenfinanzierung in Höhe von 7,5 Mio. € genehmigt mit einer Gegenstimme von Reinhard Püschel.

Ein weiterer Bauplatz in Großkuchen „Hinter den Gärten“ wurde einstimmig vergeben. Die Grundstücke sind wohl alle verkauft.

Der Weg im neuen Baugebiet Reutenen Süd wird „Laupheimer Weg“ heißen. Wir hatten im Vorfeld diskutiert, ob wir zustimmen, weil wir ja das Baugebiet abgelehnt hatten, hielten eine Ablehnung aber nicht für sinnvoll.

8,6 Mio € für die Ausschreibung und Umsetzung des Kinderhauses Mittelrain und der Ganztageseinrichtung Mittelrain-schule wurden einstimmig genehmigt. Das Projekt ist ökologisch ausgelegt mit Dämmung, Wärmeschutz, teilweise Solaranlage und zwar über die bestehenden Anforderungen hinaus. Hier wird Ökologie mit Ökonomie verbunden! Das hat Hans Kurowski auch gebührend gelobt.

Sanierungsaufgaben für das Elmar-Doch-Haus wurden an die Firma Aufheimer vergeben.

Lisa Kömm-Häfner

Korrektur zum Foodsharing

■ In der letzten Ausgabe hat sich ein Fehler eingeschlichen: In der Bundesrepublik werden pro Jahr nicht 12 Tonnen verwertbarer Lebensmittel in die Tonne geworfen, sondern – sagen die Statistiken – 12 Mio. Tonnen. Ein gravierender Unterschied!

Filipovic



Spendenaufruf

In diesem Wahlkampf stehen wir vor besonderen Herausforderungen. Tür-zu-Tür-Wahlkampf, Infostände und direkte Begegnungen sind nicht möglich. Daher müssen wir andere Wege gehen. Statt wie bisher viele Aufgaben durch euer ehrenamtliches Engagement erledigen zu können, sind wir dieses Mal auf deutlich mehr Spenden angewiesen. Damit finanzieren wir mehr Großflächenplakate, Livestreams, Online-Werbung und vieles mehr. Wir freuen uns über jede Unterstützung: <https://gruene-heidenheim.de/spenden/>



So sieht eines unserer Großflächenplakate für die Landtagswahl am 14. März aus.

Gesagt, getan

Grüne Erfolge (Auszüge)

- » Landkreis HDH Bio-Musterregion etabliert (mit angrenzenden Kommunen aus dem Betreuungswahlkreis Aalen)
- » Duale Hochschule Baden-Württemberg, zweiter Würfel vorangebracht
- » Digital Hub, Ostwürttemberg
- » Projekt Frauen im Handwerk
- » Positionspapier Handwerk erstellt
- » Elser-Gedenkstätte gefördert
- » Erster Handwerkspolitischer Sprecher der Fraktion der Grünen im Landtag
- » Modellprojekte »Mehr Bio in der Außer-Haus-Verpflegung, in Kantinen (Schulen, Krankenhäuser, öffentliche Einrichtungen usw.) auf den Weg gebracht
- » UNESCO-Welterbe Höhlen/Archäopark gefördert
- » Verbraucherzentrale in Baden-Württemberg gestärkt
- » Meisterprämie, Meistergründungsprämie eingeführt
- » Landesparteitag in Heidenheim abgehalten
- » Bürgerdialog in Heidenheim abgehalten

Wer Kretschmann will, wählt Grath/GRÜNE

Runde Geburtstage haben zwischen dem 01. November 2020 und dem 31. Januar 2021 gefeiert:

Martin Grath: 60. Geburtstag
Noah Buth: 20. Geburtstag

Termine

- 09. Febr., 18:00–19:00 Uhr, Online-Veranstaltung mit Edith Sitzmann, Finanzministerin
 - 11. Febr., 18:00–19:00 Uhr, Online-Veranstaltung mit Theresia Bauer, Wissenschaftsministerin
 - 16. Febr., 18:00–19:30 Uhr, Online-Veranstaltung mit Winfried Hermann, Verkehrsminister
 - 17. Febr., 19:30–21:30 Uhr, Vorstandssitzung per Videokonferenz
 - 25. Febr., 18:00–19:00 Uhr, Online-Veranstaltung mit Gisela Erler, Staatssekretärin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung
 - 1. März, 18:00–19:00 Uhr, Online-Veranstaltung mit Manne Lucha, Minister für Soziales und Integration
 - 4. März, 19:30 – 21:30 Uhr, Vorstandssitzung per Videokonferenz
- Zum 100. Weltfrauentag am 8. März sind Veranstaltungen in Planung. Info folgt.
- 14. März, Landtagswahl Baden-Württemberg
 - 17. März, 19:30–21:30 Uhr, Vorstandssitzung per Videokonferenz

Impressum

Bündnis 90/Die Grünen, Schnaitheimer Str. 40, 89520 Heidenheim, Tel. 07321-3530925

Sprecher: Marco Combosch
marco.combosch@gruene-heidenheim.de

Redaktion und Layout: Hans-Martin Hartmann und Gudrun Köpf

Spenden Bündnis 90 / Die Grünen Kreisverband Heidenheim
IBAN: DE80 6329 0110 0154 3760 00
Betreff: Spende – Deine Anschrift

Wenn du zukünftige Ausgaben der GRÜNS per Mail erhalten möchtest, oder keine Ausgabe mehr zugesendet bekommen möchtest, dann melde dich bitte unter info@gruene-heidenheim.de